



# Keine Windkraft im Wald

Grundeigentümer rufen dazu auf, Flächen nicht zur Verfügung zu stellen

Appell gegen Windkraftanlagen im Wald: In einem offenen Brief kritisieren Waldbesitzer den Ausbau der Windenergie als sinnlos und schädlich. Unser Foto zeigt eine Windkraftanlage an der Versetalsperre in Lüdenscheid (Nordrhein-Westfalen).

Foto: Engel/nh

VON NICOLE SCHIPPERS

Der Platz für Windkraftanlagen in Deutschland wird knapp. Bei der Suche nach geeigneten Standorten rücken daher zunehmend auch Waldflächen in den Fokus. Eine Gruppe von Waldbesitzern aus Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg hat jetzt andere Grundeigentümer in einem offenen Brief aufgefordert, ihren Wald nicht für die Errichtung von Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen.

## Frage der Ethik

Aus ethischen Gründen seien die 23 Unterzeichner, darunter mit Karl Graf zu Solms-Laubach und Enoch Freiherr zu Gutenberg auch zwei der größten Waldbesitzer Hessens und Bayerns, nicht mehr bereit, eigene Flächen zur Verfügung zu stellen. In der zweiseitigen „Schrift zur Aufklärung von Waldbesitzern für Wald-

besitzer“ räumen die Verfasser ein, dass in der Vergangenheit auch ihnen der Bau von Windrädern in ihrem Wald „sowohl aus ökologischer als auch aus ökonomischer Sicht äußerst reizvoll“ erschienen sei.

„Die Chance, in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten seinen Besitz ohne großen eigenen finanziellen Einsatz langfristig sichern und gleichzeitig einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten zu können, erschien als Angebot, das man nicht ausschlagen durfte“, heißt es in dem Schreiben. Tatsächlich handle es sich aber um einen „Irrweg, dem die Rechtfertigung fehlt, der dem Klima nicht hilft, der Volkswirtschaft schadet, die Gesellschaft spaltet“.

Dem Brandbrief angehängt ist ein 15-seitiges erläuterndes Schreiben. Darin legen die Unterzeichner dar, dass die Windkraft „gerade einmal winzige 2,3 Prozent unseres Gesamtenergiebedarfs“ und

bezogen auf den tatsächlichen Verbrauch nur 1,6 Prozent decke. Entsprechende Zahlen stammen von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanz.

Zudem werde es keine sichere Versorgung aus Windkraftanlagen geben, denn kein Wind bedeute auch immer keinen Strom, egal wie viele Windräder gebaut würden. Auch die Hoffnung, Kohlendioxid einzusparen, erfülle sich nicht, so die Waldbesitzer mit Bezug auf Zahlen des Umweltbundesamtes. Grund dafür sei vor allem, dass die Stilllegung der zahlreichen Kernkraftwerke zu einer Renaissance der Kohlekraftwerke geführt habe.

## Natur ist der große Verlierer

Verlierer des Ausbaus der Windkraft sei vor allem die Natur. „Der Schutz gefährdeter Arten wird der Errichtung von Windkraftanlagen ebenso geopfert wie die letzten stadtnahen Erholungsräume für die Menschen“, mahnen die

Verfasser des Briefs. Zudem verweisen sie auf die finanzielle Belastung der Bürger durch die EEG-Umlage sowie des deutschen Mittelstands durch steigende Energiekosten. Außerdem sehen sie den gesellschaftlichen Frieden in Gefahr, wenn die Wut der Bevölkerung, der durch die Anlagen geschadet werde, die Eigentümer der Fläche trifft, die den finanziellen Vorteil genießen.

Ihr Fazit: „Der Ausbau der Windkraft ist eine energie-wirtschaftliche Sackgasse. Sie trägt zur Bekämpfung des künftigen Klimawandels nahezu nichts bei und vernichtet bereits heute Lebensräume bedrohter Arten.“

## Windkraft in Zahlen

9,2 Milliarden Euro wurden in Deutschland im Jahr 2016 in neue Windkraftanlagen investiert.

28 217 Windkraftanlagen gibt es in Deutschland. 27 270 davon sind Onshore-Anlagen im Binnenland, 947 sind Offshore-Anlagen im Küstenvorfeld der Meere.

50 018 Megawatt betrug im vergangenen Jahr die maximale elektrische Leistung aller Windkraftwerke in Deutschland. (nis) Quelle: Bundesverband Windenergie

## HINTERGRUND

### Waldbesitzer: Emissionshandel einzig wirksames Instrument

Die Unterzeichner des offenen Briefes kritisieren, dass Deutschland „mit immensen Aufwand“ für Windenergie keinerlei Vermeidung von Treibhausgasemissionen erreiche. Das einzig wirksame Klimaschutz-Instrument sei der Emissionshandel. Seit 2005 benötigen

Fabriken und Kraftwerke für jede Tonne Klimagase, die sie in die Atmosphäre blasen, ein Zertifikat. Wer klimafreundlicher produziert und Verschmutzungsrechte übrig hat, kann diese verkaufen. Wer dagegen zu viel Treibhausgase ausstößt, muss Zertifikate kaufen. Bisher sorgte das

Überangebot für so niedrige Preise, dass sich Investitionen kaum lohnten. Künftig sollen die Zertifikate deutlich knapper werden, was den Preis der Papiere und die Verschmutzung verteuern soll. Fabriken und Kraftwerke müssen so mehr Klimagase einsparen. (nis/dpa)